GLOBAL 19.03.2026 | Stephan Klingebiel

# Zombie-Multilateralismus

## So könnte es kommen: Die Organisationen sind nur noch Hüllen – doch im Kern ist die internationale Ordnung schwach oder gar tot.

Diskussionen über die Zukunft des Multilateralismus haben Hochkonjunktur. Schon bevor Donald Trump im Januar 2025 zum zweiten Mal ins Weiße Haus einzog, gab es eine intensive Debatte über die Krise der internationalen Beziehungen und über Szenarien für ihre Gestaltung. Das viel beachtete Argument des kanadischen Premierministers Mark Carney beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2026, dass Mittelmächte angesichts der Rivalität der Großmächte nicht völlig machtlos seien, wenn sie kooperierten, ist dafür ein gutes Beispiel – auch wenn Kritiker darauf hinweisen, dass Mittelmächte oft als per se kooperativ idealisiert würden, tatsächlich aber in ihren jeweiligen Regionen keineswegs automatisch eine konstruktive Rolle spielten.

Vor Trumps zweiter Amtszeit gab es einen relativ geschlossenen Zusammenschluss westlicher Staaten, die ein erhebliches Interesse daran hatten, zentrale Elemente der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen internationalen Ordnung zu bewahren. Diese Ordnung war allerdings nie ein paradiesischer Zustand, in dem die internationale Politik gerecht und partizipativ organisiert gewesen wäre. Zahlreiche Beispiele für Doppelstandards – etwa in der US-Politik gegenüber Lateinamerika und der Karibik – lassen sich leicht finden. Es überrascht deshalb nicht, dass viele Staaten des Globalen Südens nur begrenzt Bereitschaft gezeigt haben, eine internationale Ordnung zu verteidigen, die sie als ungerecht oder unzureichend repräsentativ empfinden. Diese Länder verfolgen aufmerksam, dass europäische Staaten Fragen des Völkerrechts und der internationalen Ordnung oft dann mit besonderer Dringlichkeit thematisieren, wenn ihre eigenen Interessen unmittelbar betroffen sind, beispielsweise bei Trumps wiederholten Annexionsankündigungen bezüglich Grönland.

Heute zeigt die Trump-Administration nicht einmal mehr ein oberflächliches Interesse daran, ihr internationales Handeln – sei es mit Blick auf den Iran, Venezuela oder Kuba – überhaupt noch als

völkerrechtlich legitimiert darzustellen. Und auch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine war ein Wendepunkt für die grundlegenden Prinzipien der internationalen Ordnung und des Völkerrechts: Die bisherige internationale Ordnung besteht nicht mehr. Die Frage ist, welche Strukturen die bisherigen Formen internationaler Kooperation künftig ersetzen oder ergänzen könnten.

***Was in Europa als Krise der internationalen Ordnung wahrgenommen wird, ist für viele Staaten eine Gelegenheit, bestehende Strukturen endlich grundlegend zu verändern.***

Tatsächlich besteht die Krise der internationalen Politik aus mehreren Teilproblemen: aus der Legitimität internationaler Institutionen und ihrer Entscheidungen; der zunehmenden Fragmentierung internationaler Kooperationsmechanismen; und der begrenzten Reformfähigkeit vieler Organisationen. Viele dieser Probleme sind nicht neu, doch sie haben sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Klar ist: Was in Europa als Krise der internationalen Ordnung wahrgenommen wird, kann aus der Perspektive vieler Staaten als Gelegenheit erscheinen, bestehende Strukturen der *Global Governance* endlich grundlegend zu verändern.

Die Gedankenspiele dazu sind in vollem Gange. Zum einen hat das ökonomisch aufgestiegene China inzwischen den selbstbewussten Anspruch entwickelt, die globalen Strukturen mitzugestalten. Ein Beispiel dafür ist die im September 2025 veröffentlichte *Global Governance Initiative*, in der Präsident Xi Jinping seine Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung internationaler Politik formulierte.

Zum anderen gibt es zahlreiche konzeptionelle Innovationen aus der Wissenschaft, die gelegentlich mit unterhaltsamen Begrifflichkeiten einhergehen. Der Politikwissenschaftler Amitav Acharya von der *American University* in Washington, D.C. gehört zu den prominenten Stimmen, die internationale Politik stärker aus einer Perspektive des Globalen Südens analysieren. In einem Anfang 2026 in *Foreign Policy* veröffentlichten Essay argumentierte er, dass internationale Kooperation auch dann fortbestehen könne, wenn sich die USA aus Teilen der bestehenden multilateralen Institutionen zurückziehen sollten. Acharya bezeichnet diese Konstellation als einen „World-Minus-One Moment“: Internationale Kooperation könne den Trumpismus überleben, sich sogar reformieren und damit stärken, und dann könne es auch zu einem späteren Zeitpunkt für die USA wieder attraktiv werden, sich erneut an ihr zu beteiligen. Das Pariser Klimaschutzabkommen, aus dem die USA

im Januar dieses Jahres zum zweiten Mal ausgetreten sind, funktioniert letztlich genau auf diese Weise. Einerseits begrenzt der Austritt der USA selbstverständlich die Möglichkeiten des Abkommens, umgekehrt war das Mitwirken der USA nur bedingt ein Erfolgsfaktor.

Die US-amerikanische Außenpolitikexpertin Suzanne Nossel, *Senior Fellow* beim *Chicago Council on Global Affairs*, ist skeptisch. Sie sagt: „The World Minus One Will Be a Mess." Mit anderen Worten, ohne den amerikanischen Hegemonen sei das internationale System chaotischer, fragmentierter und ineffektiver. Die stabilisierende Rolle der USA sei weder durch China zu ersetzen, weil diesem Land Legitimität und Zuverlässigkeit fehlten, noch durch Europa, weil der Kontinent geopolitisch und militärisch zu schwach sei.

***Ein untoter Multilateralismus ist keine erbauliche Perspektive für die internationale Zusammenarbeit.***

Nossels Argumente, warum das internationale System ohne die USA nicht verlässlich funktionieren könnte, sind plausibel. Doch Szenarien der internationalen Politik müssen berücksichtigen, dass Trumps Politik den internationalen Bedeutungsverlust der USA beschleunigt. Nossel führt unter Berücksichtigung der erwartbaren innenpolitischen Veränderungen in den USA das Konzept des „Zombie-Multilateralismus" ein. Ähnlich den Untoten aus Horrorfilmen bietet auch ein untoter Multilateralismus keine erbauliche Perspektive für die internationale Zusammenarbeit. In diesem Szenario existieren zwar die Hüllen des Multilateralismus in Gestalt von internationalen Organisationen und Plattformen weiter, sie sind aber ihres eigentlichen Kerns beraubt: Staatenvertreter treffen sich, aber bringen nicht mehr die Kraft auf, die internationale Politik zu gestalten – oder aber dies liegt gar nicht mehr in ihrem Interesse. In einigen Bereichen internationaler Politik lässt sich ein solcher Zustand bereits beobachten, etwa bei Blockaden im UN-Sicherheitsrat zum Sudan oder Gaza.

Diese schleichende Aushöhlung des Multilateralismus könnte eine der größten Gefahren für die internationale Politik darstellen. Selbst wenn Staaten formell Mitglied internationaler Organisationen bleiben, würden sie deren Inhalte und normative Grundlagen zunehmend entleeren. Im Fokus stehen dabei weniger der formale Austritt von Staaten aus

internationalen Organisationen und seine negativen Folgen für Budgets und die Verbindlichkeit von Entscheidungen und Übereinkünften, sondern die stille Aushöhlung von Werten und Inhalten. Mit anderen Worten: Gerade der Verbleib bestimmter Staaten in internationalen Gremien und Diskussionsprozessen ermöglicht ihnen eine solche destruktive Politik. Die von Trump erzwungenen Tagesordnungen internationaler Organisationen haben immer weniger Platz für Themen wie bürgerliche und politische Menschenrechte sowie für Anliegen im Zusammenhang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs).

Es fällt tatsächlich schwer, sich relevante internationale Vereinbarungen vorzustellen, die auf absehbare Zeit einen inhaltlichen Fortschritt der internationalen Kooperation bewirken könnten. Allianzen von „like-minded" Staaten lassen sich bestimmt für einzelne Themen finden, müssten sich aber deutlich professionalisieren, um in den Nischen für funktionierende internationale Kooperation („pockets of effectiveness") mehr Wirkung zu entfalten. Für Deutschland, Europa und andere Befürworter multilateraler Zusammenarbeit stellt sich daher die dringliche Frage, wie der inhaltliche Kern eines erneuerten Multilateralismus aussehen sollte. Der laufende UN80-Reformprozess fokussiert sich auf Effizienzsteigerungen und institutionelle Reformen. Diese sind zwar sicherlich notwendig, laufen ohne einen klaren normativen Kompass jedoch Gefahr, den politischen Gehalt internationaler Zusammenarbeit weiter zu schwächen.

---



**Stephan Klingebiel**
Bonn

Dr. Stephan Klingebiel leitet am *German Institute of Development and Sustainability* (IDOS) – früher: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE) – in Bonn das Forschungsprogramm „Inter- und transnationale Kooperation". Von 2019 bis Juni 2021 leitete er das *Global Policy Centre* des UNDP in Seoul, Südkorea.